

8005 Zürich, Swissolar, Neugasse 6

Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK
Bundesamt für Energie BFE

Per Mail: Gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Zürich, 3. April 2025
Absender: David Stickelberger

Tel. direkt Telefon: 044 250 88 34
E-Mail: stickelberger@swissolar.ch

Stellungnahme zum Indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Stellung zu nehmen.

Swissolar ist der Berufsverband der Solarbranche mit rund 1300 Mitgliedern aus den Bereichen Installation, Planung, Handel, Herstellung und Energiewirtschaft.

Aus der Perspektive von Swissolar ist es derzeit nicht sinnvoll, das bestehende Verbot für den Neubau von Atomkraftwerken aufzuheben. Die aktuelle Debatte über die Energieversorgung der Schweiz, die durch die Blackout-Initiative und den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates angestossen wurde, sorgt in der Energiewirtschaft für unnötige Unsicherheit und gefährdet somit die zukünftige Versorgungssicherheit. Der Volkswille ist klar: Am 9. Juni 2024 stimmte die Schweizer Bevölkerung mit etwa 70 Prozent für eine Versorgungssicherheit, die auf erneuerbaren Energien basiert. Nach der Energiestrategie 2050 im Jahr 2017 und dem Klimagesetz von 2023 hat die Mehrheit der Schweiz somit ein drittes Mal die Transformation des Energiesystems hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bekräftigt. Ein politischer Kurswechsel hin zu neuen Atomkraftwerken lässt sich nicht legitimieren. Es gilt jetzt, den eingeschlagenen Kurs weiterzuverfolgen.

Die «Winterstromlücke» ist kein Argument

Swissolar kann die Beurteilung der Ausgangslage durch den Bundesrat nicht nachvollziehen. Insbesondere die Aussage, es sei «zweifelhaft, dass der Stromverbrauch 2050 nur durch Wasserkraft und neuen Erneuerbaren gedeckt werden kann» (erläuternder Bericht, Seite 12) erachten wir als eindeutig falsch. Der Grossteil der Wissenschaft teilt unsere Einschätzung, dass das Gegenteil der Fall ist. Das vom Bundesamt für Energie finanzierte Programm SWEET EDGE hat in verschiedenen Arbeiten aufgezeigt, dass die Ziele des Stromgesetzes erreicht werden können, dass die Energiewende damit machbar ist und dass die Versorgungssicherheit mit erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz vollumfänglich gewährleistet werden kann. Das Argument des Bundesrates, die Situation habe sich seit 2017 massiv verändert, überzeugt nicht. Das Parlament hat die Herausforderungen der Winterstromversorgung und des Stromimports bereits weitgehend angegangen, indem es die Ausbauziele für erneuerbare Energien deutlich erhöht und entsprechende Massnahmen im Stromgesetz verankert hat. Die Winterstromlücke kann geschlossen werden, durch eine stärkere inländische Winterstromproduktion mit Wind- und alpinen Solaranlagen sowie die konsequente Umsetzung der 16 Grosswasserkraftprojekte des Runden Tisches. Auch der rasante Ausbau der Solarenergien in den letzten Jahren trägt zur Versorgungssicherheit bei: Im zu Ende gegangenen Winterhalbjahr betrug die Solarstromproduktion in der Schweiz fast 2 TWh. Auch die Steigerung der Energieeffizienz kann einen

zentralen Beitrag leisten, indem der Gebäudepark saniert und Elektroheizungen, die heute fast die Hälfte der Winterstromlücke verursachen, ersetzt werden. Dem Gebäudeprogramm kommt gerade in diesem Kontext zentrale Bedeutung zu, weshalb es wichtig ist, dieses weiterzuführen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Ausbau saisonaler Speicherkapazitäten: Neben der Speicherwasserkraft ermöglichen dies insbesondere Power-to-X-Technologien und saisonale Wärmespeicher. Und schliesslich kann nur das Stromabkommen mit der EU die Importfähigkeit im Winter umfassend absichern und dadurch die Versorgungssicherheit garantieren. Im Winterhalbjahr besteht europaweit mittlerweile ein Stromüberschuss dank raschem Ausbau der Windenergie.

Stromabkommen ist die kostengünstigste Lösung

Unverständlich ist die vollständige Ignorierung der Notwendigkeit eines Stromabkommens mit der EU im erläuternden Bericht des Bundesrates. Seit Dezember 2024 liegt ein ausgehandeltes Stromabkommen mit der EU vor, das den Zugang zu den europäischen Strommärkten und die erforderlichen Importkapazitäten für die Schweiz sichern kann. Es ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die Schweiz ist auf den Stromhandel angewiesen und wird laut aller realistischen Szenarien auch in Zukunft Strom aus der EU importieren oder in die EU exportieren. Gleichzeitig führt eine Neuregelung der EU dazu, dass der Schweiz ab 2026 vorübergehend deutlich weniger Stromimporte zur Verfügung stehen werden. Zudem könnten vermehrt ungeplante Stromflüsse durch die Schweiz die Netzstabilität gefährden. Mit dem Abschluss eines Stromabkommens kann die Versorgungssicherheit der Schweiz deutlich verbessert werden.

Finanzielle Auswirkungen des Gegenvorschlags irreführend dargestellt

Auch wenn die Aufhebung des Neubauverbots keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen hätte. Aber die bereits vorliegenden Vorstösse zur Finanzierung von Kernenergieprojekten über den Netzzuschlagsfonds und die gemäss Entlastungspaket 2027 vorgesehenen Streichungen beim P+D-Programm und beim Gebäudeprogramm geben einen Vorgeschmack auf mögliche Verteilungskämpfe zwischen Fördermassnahmen verschiedener Energiequellen. Zudem zeigen die Erfahrungen mit AKW-Projekten in Europa, mit welchen enormen Kosten- und Zeitüberschreitungen bei der Realisierung solcher Anlagen zu rechnen wäre.

Den eingeschlagenen Pfad nicht verlassen: Die Transformation des Energiesystems ist in voller Fahrt

In der Energiewirtschaft hat sich eine grosse Dynamik entwickelt: Neue Unternehmen und Branchen sind entstanden, Fachkräfte werden ausgebildet. Schon heute leisten die erneuerbaren Energien einen zentralen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Tendenz stark steigend. Allein im Jahr 2024 lieferten Anlagen zur Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien zusätzliche 2 TWh Strom, davon rund 1.5 TWh Solarstrom. Neue Kernkraftwerke hingegen würden – wenn überhaupt – frühestens 2050 Strom liefern und in der Zwischenzeit die positive Entwicklung der Energiewende negativ beeinflussen. Dies würde die Versorgungssicherheit negativ beeinflussen.

Hinzu kommt, dass sich die saisonalen Schwankungen zwischen Stromnachfrage und Stromangebot in den nächsten 30 Jahren noch verstärken werden, bis ein allfälliges AKW ans Netz geht. Da Atomkraftwerke das ganze Jahr über eine mehr oder weniger konstante Stromproduktion liefern, würden sie dieses Problem nicht lösen, sondern die sommerliche Überproduktion noch verstärken. Zudem wären sie angesichts der stark schwankenden Strompreise wirtschaftlich kaum rentabel. Ein kostendeckender Betrieb wäre nur während etwa 5 Wintermonaten denkbar. Die Schweiz braucht keine zusätzliche Bandenergie, sondern eine flexible Stromproduktion, die sich dem erwarteten Verbrauchs- und Produktionsmuster einer zunehmend dezentralen Energiewirtschaft anpasst. Ziel muss es sein, diese absehbaren Ungleichgewichte mit einem ganzheitlichen Ansatz auszugleichen. Ein zentraler Lösungsansatz ist dabei die Sektorkopplung: Durch die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Gas unter geeigneten und innovativen regulatorischen Rahmenbedingungen kann eine erneuerbare und sichere Energieversorgung jederzeit gewährleistet werden. Der Ausbau von Wärmenetzen und die Weiterentwicklung von Speichertechnologien können dazu beitragen, die saisonalen Schwankungen der erneuerbaren Stromerzeugung auszugleichen. Wir sind überzeugt, dass diese dezentralen und innovativen Ansätze zukunftsweisender sind als der Bau neuer AKW.

Es braucht jetzt Klarheit darüber, dass der Weg zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien weiterverfolgt wird. Die Energiewirtschaft, aber auch alle Investoren, Private und Gemeinden sowie die vielen Lernenden und Studierenden, die ihre Ausbildung begonnen haben, brauchen jetzt Planungs- und Investitionssicherheit. Gerade für den weiteren Ausbau der Photovoltaik braucht es Investitionsentscheide von Zehntausenden von Gebäudebesitzer:innen, die Gewissheit brauchen, dass sie einen sinnvollen Beitrag zur zukünftigen Energieversorgung leisten.

Aus den genannten Gründen lehnt Swissolar neue AKW entschieden ab und beantragt dem Bundesrat, die rein ideologisch motivierte Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» abzulehnen und auf den indirekten Gegenvorschlag zu verzichten:

Antrag: – Art. 12 / 12a / 106 Abs. 1bis Kernenergiegesetz
Gemäss geltendem Recht

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme bei der Weiterbehandlung dieses Geschäftes und stehen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung

Freundliche Grüsse
Swissolar

A handwritten signature in black ink, reading "D. Stickelberger". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

David Stickelberger
Stv. Geschäftsführer